

An die Mitglieder
des Gesundheitsausschusses

Köln, 22.03.2019
Frau Groeters
81.12

Gesundheitsausschuss

Freitag, 05.04.2019, 9:30 Uhr

Köln, Landeshaus, Rheinlandsaal

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **25.** Sitzung lade ich herzlich ein.

Während der Sitzung sind Sie telefonisch zu erreichen unter Tel. Nr. 0221/809-2241.

Falls es Ihnen nicht möglich ist, an der Sitzung teilzunehmen, bitte ich, dies umgehend der zuständigen Fraktionsgeschäftsstelle mitzuteilen, damit eine Vertreterin oder ein Vertreter rechtzeitig benachrichtigt werden kann.

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

- | | | |
|----|---|---------------------------------|
| 1. | Anerkennung der Tagesordnung | |
| 2. | Niederschrift über die 24. Sitzung vom 08.02.2019 | |
| 3. | Ambulante Behandlung von Flüchtlingen in der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Düren
<u>Berichterstattung:</u> Frau Dr. Grümmer, Ärztliche Direktorin der LVR-Klinik Düren und Herr van Brederode, Vorstandsvorsitzender und Kaufmännischer Direktor der LVR-Klinik Düren | Power-Point Präsentation |
| 4. | Förderung von Sprach- und Integrationmittler*innen (SIM) 2018 im LVR-Klinikverbund und in der ambulanten psychiatrischen Versorgung durch Sozialpsychiatrische Zentren (SPZ) und Sozialpsychiatrische Migration (SPKoM)
<u>Berichterstattung:</u> LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski | 14/3232 K |

5. Anträge und Anfragen der Fraktionen
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

8. Niederschrift über die 24. Sitzung vom 08.02.2019
9. Personalmaßnahmen
- 9.1. Befristete Weiterbeschäftigung und Wiederbestellung zum Kaufmännischen Direktor und Vorsitzenden des Klinikvorstandes der LVR-Klinik Düren
Berichterstattung: LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski **14/3269 B**
- 9.2. Befristete Weiterbeschäftigung und Wiederbestellung zur Kaufmännischen Direktorin und Vorsitzenden des Klinikvorstandes des LVR-Klinikums Essen - Kliniken und Institut der Universität Duisburg-Essen -
Berichterstattung: LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski **14/3250 B**
- 9.3. Bestellung zum weiteren Stellvertreter der Ärztlichen Direktion im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Essen - Kliniken und Institut der Universität Duisburg-Essen -
Berichterstattung: LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski **14/3266 B**
- 9.4. Wiederbestellung zum Ärztlichen Direktor im Klinikvorstand der LVR-Klinik für Orthopädie Viersen
Berichterstattung: LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski **14/3252 B**
10. Bericht über die Budgetverhandlungen 2017 für den KHG-Bereich des LVR-Klinikverbundes
Berichterstattung: LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski **14/3233 K**
11. Anträge und Anfragen der Fraktionen
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
Die Vorsitzende

S c h u l z

TOP 1 Anerkennung der Tagesordnung

Niederschrift
über die 24. Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 08.02.2019 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Heister, Joachim
Herbrecht, Wilhelm
Hohl, Peter (für Dickmann)
Loepp, Helga
Mucha, Constanze
Nabbefeld, Michael (für Naumann)
Plum, Franz
Schavier, Karl
Dr. Schlieben, Nils Helge

SPD

Arndt, Denis
Berten, Monika
Ciesla-Baier, Dietmar
Heinisch, Iris
Kiehlmann, Peter
Schmidt-Zadel, Regina
Schulz, Margret (Vorsitzende)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Barion, Katrin
Kresse, Martin
Tuschen, Johannes-Jürgen (für Beck)

FDP

Feiter, Stefan
Pabst, Petra

Die Linke.

Hamm, Gudrun

FREIE WÄHLER

Alsdorf, Georg

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"

Lüder, LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"

Dr. Möller-Bierth, LVR-Fachbereichsleiterin "Personelle und organisatorische Steuerung"

Stephan-Gellrich, LVR-Fachbereichsleiterin "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"

Thewes, LVR-Fachbereichsleiter "Wirtschaftliche Steuerung"

Mertens, LVR-Fachbereich "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"

Landorff, LVR-Fachbereich "Kommunikation"

Steinhoff, LVR-Stabsstelle "Gleichstellung und Gender Mainstreaming"

Dr. Stermann, Leiterin der LVR-Stabsstelle "Übergreifende finanz- und kommunalwirtschaftliche Projekte und Aufgaben, Europaangelegenheiten, Strategische Steuerungsunterstützung" (bis TOP 3)

Groeters, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (Protokoll)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 23. Sitzung vom 23.11.2018
3. Konzeption zur Unterstützung von Psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen im (ost-)europäischen Raum **14/3006 K**
4. Förderung der interkulturellen Öffnung des Peer-Counseling in der Selbsthilfe **14/3134 B**
5. Sachstandsbericht zur Arbeitgeberattraktivität des LVR-Klinikverbundes **14/3137 K**
6. Seelische Gesundheit von Kindern **14/3112 K**
7. Gemeinschaftsinitiative gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen (GigA) **14/3122 K**
8. Anträge und Anfragen der Fraktionen
9. Beschlusskontrolle
10. Mitteilungen der Verwaltung
11. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

12. Niederschrift über die 23. Sitzung vom 23.11.2018
13. Wiederbestellung zum Pflegedirektor im Klinikvorstand der LVR-Klinik Viersen **14/3115 B**
14. Einzelfortschreibung Zielplanung der LVR-Klinik Köln; Neubau Betriebsrestaurant, Sanierung und Umbau Haus U sowie Umbau Haus K zur Herrichtung einer Wahlleistungsstation **14/3062 B**
15. Maßregelvollzug
- 15.1. Aktueller Bericht
- 15.2. Belegungssituation im Maßregelvollzug
16. Anträge und Anfragen der Fraktionen
17. Beschlusskontrolle
18. Mitteilungen der Verwaltung
19. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:15 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:30 Uhr
Ende der Sitzung:	10:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses, die Gäste und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 08.02.2019 wird zugestimmt.

Punkt 2

Niederschrift über die 23. Sitzung vom 23.11.2018

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Konzeption zur Unterstützung von Psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen im (ost-)europäischen Raum Vorlage 14/3006

Frau Dr. Stermann berichtet über die Konzeption zur Intensivierung vorhandener Partnerschaften und Generierung neuer Partnerschaften mit Institutionen mit LVR-Bezug im (ost-)europäischen Raum und über die entsprechenden Abfragen in der LVR-Mitarbeiterschaft und bei den politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern im Landschaftsverband Rheinland. Zur Realisierung der gewünschten Engagementerweiterung seien sowohl fachliche als auch politische Unterstützung erforderlich. Zur Finanzierung etwaiger Maßnahmen mit LVR-Bezug stehe ein jährliches Budget in Höhe von 25.000 € zur Verfügung.

Der Power-Point-Vortrag von Frau Dr. Stermann ist als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende hebt insbesondere das Engagement von Herrn Meies für die Partnerschaften mit der Ukraine hervor. Es bedürfe Persönlichkeiten, die sich für solche Partnerschaften engagieren. Man hoffe auf Personen, die dieses Engagement fortsetzen.

Herr Kresse schließt sich dem an und weist auch auf das Engagement von Herrn Dr. Leidinger hin. Es stelle sich die Frage, inwieweit ein erweitertes Engagement tatsächlich realistisch sei, wenn solche Personen fehlen.

Herr Hohl ergänzt, es müssten sowohl aus dem fachlichen als auch aus dem politischen Raum Impulse für Partnerschaften erfolgen.

Die Vorlage Nr. 14/3006 und der Bericht von Frau Dr. Stermann werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Förderung der interkulturellen Öffnung des Peer-Counseling in der Selbsthilfe Vorlage 14/3134

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Peer-Counseling-Angebote der Selbsthilfeorganisationen „Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW e.V. (LPE)", Köln, und der "Psychiatrie-Patinnen und -Paten e.V. (PPEV)", Aachen, in Nachfolge des LVR-Projektes „Peer-Counseling" (Basisförderung 2019) und das Projekt zur interkulturellen Öffnung des Peer-Counseling in der Selbsthilfe (Projektförderung 2019 – 2021) werden entsprechend der Vorlage 14/3134 aus den bereits bereitgestellten Haushaltsmitteln gemäß Haushaltsbegleitbeschluss 2017/2018 gefördert.

Punkt 5

Sachstandsbericht zur Arbeitgeberattraktivität des LVR-Klinikverbundes Vorlage 14/3137

Herr Kresse, Herr Feiter und Frau Heinisch führen aus, der Landschaftsverband Rheinland halte viele Angebote zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität bereit. Dieses sei ein sehr großer Anreiz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beim Landschaftsverband Rheinland zu arbeiten. Besonders hervorzuheben seien die vielen Arbeitszeitmodelle. Es wird vorgeschlagen, in den Krankenhausausschüssen über die Ergebnisse der Mitarbeitenden-Befragungen zu berichten.

Auf Frage von Herrn Kresse antwortet Frau Dr. Möller-Bierth, in das Stipendienprogramm des LVR-Klinikverbundes zur Förderung von Medizinstudierenden seien insgesamt 137 Personen aufgenommen worden, wovon sich derzeit noch 60 Personen in der Förderphase befänden. 77 Verfahren seien abgeschlossen, wovon 30 der Teilnehmenden ein Arbeitsverhältnis im LVR-Klinikverbund begonnen hätten. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe werde ein ähnliches Programm auflegen. Hier stelle der Landschaftsverband Rheinland dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe seine Erfahrungen zur Verfügung. Die Landschaftsverbände gehen davon aus, dass keine Konkurrenzsituation entstehen werde.

Frau Wenzel-Jankowski sagt zu, dass die Klinikvorstände in einer der nächsten Sitzungen in den jeweils zuständigen Krankenhausausschüssen über die wesentlichen Ergebnisse der in den LVR-Kliniken durchgeführten Mitarbeitenden-Befragungen berichten werden.

Der Sachstandsbericht zur Arbeitgeberattraktivität des LVR-Klinikverbundes wird gemäß Vorlage Nr. 14/3137 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Seelische Gesundheit von Kindern Vorlage 14/3112

Frau Wenzel-Jankowski berichtet, der Landschaftsverband Rheinland befasse sich sowohl mit der Schaffung von weiteren Angeboten für Systemsprenger als auch mit der Konzeptionierung und Initiierung der Umsetzung eines Kooperationsverbundes Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in einer Region des Rheinlandes. Bei der Vorlage Nr. 14/3112 handele es sich um einen ersten Zwischenbericht.

Frau Schmidt-Zadel, Frau Heinisch und Herr Nabbefeld betonen die Notwendigkeit einer

guten und kooperativen Zusammenarbeit mit den Jugendämtern.

Herr Mertens führt aus, die Verwaltung werde die Mitgliedskörperschaften umgehend über das vorgesehene Projekt einer Konzeptionierung und Initiierung eines Kooperationsverbundes Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in einer Region informieren und einen Termin für eine Interessenbekundung bis Ende April/Anfang Mai 2019 setzen. Mit in Frage kommenden Kooperationspartnern werde das Gespräch über die Realisierung des Projektes gesucht. Anschließend erfolge eine Information der politischen Vertretung.

Herr Kresse führt aus, die Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie müssten in gegenseitiger Kooperation aufgearbeitet werden.

Frau Papst ergänzt, wichtig sei bei der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie eine gegenseitige Wertschätzung. Hier stelle sich die Frage, welche Rolle der Landschaftsverband übernehmen könne, um die Situation zu entspannen. Daneben stelle sich die Frage, welche betriebswirtschaftlichen Risiken der Landschaftsverband Rheinland auffangen könne, wenn es Probleme bei der Abgrenzung zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie gebe.

Frau Berten betont bei der Problematik der Abgrenzung zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie auch die Notwendigkeit der Kooperation mit Kindergärten und Kinderkliniken vor Ort.

Die weitere Diskussion fasst die Vorsitzende dahingehend zusammen, dass die Verwaltung einen Sachstandsbericht in der Sitzung des Gesundheitsausschusses im November 2019 vorlegen solle.

Der Zwischenbericht zur Umsetzung des Beschlusses zum Antrag Nr. 14/225/1 CDU, SPD „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken durch integrierte Behandlung und Rehabilitation durch Kinder und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe in den Regionen“ wird gemäß Vorlage 14/3112 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Gemeinschaftsinitiative gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen (GigA)

Vorlage 14/3122

Frau Heinisch und Herr Hohl bitten, die guten Kooperationen vor Ort weiterzuführen. Die Förderung kommunaler Alkoholprävention sei eine wichtige Aufgabe, um dem Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen vor Ort entgegenzuwirken.

Der Bericht zur Fortführung des Modellprojektes "GigA - Gemeinsam initiativ gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen" wird gemäß Vorlage Nr. 14/3122 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Anträge und Anfragen der Fraktionen

Herr Kresse bittet, in einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses das Angebot der LVR-Klinik Düren in der Zentralen Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge in Düren, in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Köln, vorzustellen.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Des weiteren weist Herr Kresse auf die Problematik der Finanzierung der Leistungen der Traumaambulanzen für Flüchtlinge über die psychiatrischen Institutsambulanzen hin. Möglicherweise sei eine Umstellung der Finanzierung der psychiatrischen Institutsambulanzen auf einzelfallbezogene Vergütungen eine Lösungsmöglichkeit.

Frau Wenzel-Jankowski erläutert die Problematik der Finanzierung der Institutsambulanzen. In Nordrhein-Westfalen bestehe seit vielen Jahren ein pauschales Vergütungssystem. Hierbei sei der Dokumentationsaufwand nicht so aufwändig wie bei einzelfallbezogenen Vergütungen. Um eine bessere Finanzierung der Leistungen der Traumaambulanzen für Flüchtlinge zu erreichen, seien Gespräche mit den Krankenkassen erforderlich. Die Thematik werde durch die Verwaltung aufgearbeitet.

Die weitere Diskussion fasst die Vorsitzende dahingehend zusammen, dass in einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses über Möglichkeiten der Finanzierung der Leistungen der Traumaambulanzen für Flüchtlinge über die psychiatrischen Institutsambulanzen berichtet werden solle.

Punkt 9 **Beschlusskontrolle**

Der öffentliche Teil der Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10 **Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Wenzel-Jankowski berichtet, dass das 5. Kölner Entgeltforum Psychiatrie und Psychosomatik am Montag, 20.05.2019, von 9:30 Uhr - ca. 16:00 Uhr, im Horion-Haus, stattfinden solle.

Unter anderem solle sich damit befasst werden, dass die Psychiatrie-Personalverordnung zum 31.12.2019 auslaufe. Ein Nachfolgemodell solle auf der Grundlage der sogenannten Wittchen-Studie entwickelt werden. Ziel der Studie sei, eine empirische Datengrundlage zur bestehenden Personalausstattung und den Tätigkeiten des Personals in den Krankenhäusern und Abteilungen der Fachgebiete Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie psychosomatische Medizin und Psychotherapie zu schaffen. Mit aktuellen, umfassenden und einheitlich erhobenen Daten solle die empirische Datenbasis erweitert und damit der Prozess der Entwicklung der zukünftigen Personalanforderungen unterstützt werden.

Punkt 11 **Verschiedenes**

Keine Anmerkungen.

Aachen, 21.02.2019

Die Vorsitzende

Schulz

Köln, 15.02.2019

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Wenzel-Jankowski

Vorlage 14/3006

Konzeption zur Unterstützung von

Psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen

für Menschen mit Behinderungen im

(ost-)europäischen Raum

Präsentation am 08.02.2019 im LVR-Gesundheitsausschuss

Gliederung

1

Vorbemerkung

2

Engagement-Abfrage

3

Konzeption

Gliederung

1

Vorbemerkung

2

Engagement-Abfrage

3

Konzeption

Vorbemerkung

- Vorlage-Nr. 14/3006: Anknüpfung an Sachstandsbericht in Vorlage-Nr. 14/2429 und abschließende Bearbeitung des Antrags 14/167:
 - Konzeption zur **Intensivierung vorhandener Partnerschaften und Generierung neuer Partnerschaften** mit Institutionen mit **LVR-Bezug im (ost-)europäischen Raum** (primär: **Psychiatrische Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen**)
 - **Teilaspekt I**: Prüfung der **Zusammenführung** der Initiativen des **Vereins zur Förderung von Einrichtungen für Behinderte im Ausland e.V.** mit dem Lemberg-Engagement der **LVR-Klinik Langenfeld** als Bestandteil des gewünschten Konzeptes.
 - **Teilaspekt II**: Inanspruchnahme maximaler **externer Förderung**

Gliederung

1

Vorbemerkung

2

Engagement-Abfrage

3

Konzeption

Engagement-Abfrage

a) Dezernat Schulen und Integration

- Abfrage bezogen auf **Engagement weltweit**
- (bislang) **keine** (ost-)europa-bezogenen **Rückmeldungen**

b) Dezernat Klinikverbund und Verbund heilpädagogischer Hilfen

- Abfrage bezogen auf **Engagement in Europa**
- bislang **Rückmeldungen** bzgl. **Bulgarien** und **Lettland**

c) Politische Mandatsträgerinnen und -trägern im LVR

- Abfrage bezogen auf **Engagement in Europa**
- (bislang) **keine Rückmeldungen**

Gliederung

1

Vorbemerkung

2

Engagement-Abfrage

3

Konzeption

Konzeption

a) Vision und Handlungsfelder

- Verbindliche Zielgrößen in Abhängigkeit von den Akteuren vor Ort
- LVR-Förderschulen, HPH-Netze und LVR-Kliniken sowie externe Akteure mit LVR-Bezug (z. B. Verein zur Förderung von Einrichtungen für Behinderte im Ausland e. V.)

b) Erforderliche Rahmenbedingungen

- fachliche Unterstützung durch Fachdezernate (v. a. Dez. 5 und 8)
- politische Unterstützung (Delegationsreisen; Gremienarbeit)
- finanzielle Unterstützung (LVR-Pilot-Projekte-Fonds bis 2023: 25 000 € p. a.)

**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit!**



**TOP 3 Ambulante Behandlung von Flüchtlingen in der Zentralen
Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Düren**

Vorlage-Nr. 14/3232

öffentlich

Datum: 19.03.2019
Dienststelle: Fachbereich 84
Bearbeitung: Herr Kitzig

Gesundheitsausschuss **05.04.2019** **Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Förderung von Sprach- und Integrationmittler*innen (SIM) 2018 im LVR-Klinikverbund und in der ambulanten psychiatrischen Versorgung durch Sozialpsychiatrische Zentren (SPZ) und Sozialpsychiatrische Migration (SPKoM)

Kenntnisnahme:

Der Bericht über die Förderung von Sprach- und Integrationmittler*innen (SIM) 2018 im LVR-Klinikverbund und in der ambulanten psychiatrischen Versorgung durch Sozialpsychiatrische Zentren (SPZ) und Sozialpsychiatrische Migration (SPKoM) wird gemäß Vorlage Nr. 14/3232 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.

ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020. ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (Ifd. Jahr):

Produktgruppe:

Erträge:

Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan

Aufwendungen:

/Wirtschaftsplan

Einzahlungen:

Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan

Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:

Auszahlungen:

/Wirtschaftsplan

Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:

Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten

In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i

Zusammenfassung:

Die politische Vertretung des LVR hat für die Jahre 2017 und 2018 eine jährliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 536.000 € beschlossen, um den Einsatz von Sprach- und Integrationsmittler*innen (SIM) zu fördern. Der Betrag betrifft mit 450.000 € die ambulante psychiatrische Versorgung durch die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) und Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (SPKoM) im Rheinland sowie die LVR-Kliniken mit 86.000 €.

Zielgruppe für den Einsatz von SIM sind Menschen mit Zuwanderungs- und insbesondere Fluchtgeschichte, die unter einer psychischen Störung leiden und begleitender psychosozialer Hilfen während bzw. nach einer psychiatrisch-psychotherapeutischen Behandlung oder beim Zugang in die medizinisch-psychiatrische Regelversorgung bedürfen.

Beide Ansätze sind in der Produktgruppe 062 unter „Transferaufwendungen“ veranschlagt. Die Verwaltung hat daher in 2018 die verbliebenen Restmittel, die im Bereich der Gemeindepsychiatrie noch nicht verausgabt werden konnten, in erforderlichem Umfang für die Aufgaben und ungedeckten Leistungen im Rahmen der Flüchtlingshilfen der LVR-Kliniken bereitgestellt, entsprechend der Vorgehensweise im Jahr 2017 (vgl. hierzu Vorlage Nr. 14/2392).

Insgesamt sind in 2018 im Bereich der SPZ 76.000 € und in den LVR-Kliniken hochgerechnet 470.000 € für den Einsatz von SIM bei psychisch kranken Menschen mit Zuwanderungs- bzw. Fluchtgeschichte entstanden.

Begründung der Vorlage Nr. 14/3232:

Die politische Vertretung des LVR hat für die Jahre 2017 und 2018 eine jährliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 536.000 € beschlossen, um den Einsatz von Sprach- und Integrationsmittler*innen (SIM) zu fördern. Der Betrag betrifft mit 450.000 € die ambulante psychiatrische Versorgung durch die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) und Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (SPKoM) im Rheinland sowie die LVR-Kliniken mit 86.000 €.

Zielgruppe für den Einsatz von SIM sind Menschen mit Zuwanderungs- und insbesondere Fluchtgeschichte, die unter einer psychischen Störung leiden und begleitender psychosozialer Hilfen während bzw. nach einer psychiatrisch-psychotherapeutischen Behandlung oder beim Zugang in die medizinisch-psychiatrische Regelversorgung bedürfen.

Eine Förderung des Einsatzes von SIM in den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) und Sozialpsychiatrisches Kompetenzzentrum Migration (SPKoM) erfolgte erstmals im Haushaltsjahr 2017 gemäß Beschluss der Landschaftsversammlung vom 21.10.2016 auf Grundlage des Antrags 14/140:

*„In unseren Kliniken werden auch viele geflüchtete und zugewanderte Menschen behandelt. Im Rahmen der Nachsorge bedarf es intensiver Beratung. Diese wird vornehmlich von den SPZ durchgeführt. Allerdings kommt es hierbei immer wieder zu Sprachbarrieren, die durch die Unterstützung der Beratungen durch sog. **Sprachmittler** erheblich reduziert werden können. Um eine optimale Beratung der betroffenen Menschen gewährleisten zu können, sollen bedarfsabhängig jedem Sozialpsychiatrischen Zentrum/Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentrum Migration (SPZ/SPKoM) Mittel zur Verfügung gestellt werden, die eine Finanzierung der Sprachmittler auf Honorar-Basis ermöglicht (max. 8.000 Euro/SPZ).“*

Ebenfalls beschlossen wurde die erneute Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die LVR-Kliniken in der gleichen Höhe wie bereits in 2015 und 2016 (86.000 €/Jahr) für den Einsatz von SIM in der Behandlung von Flüchtlingspatient*innen.

Beide Ansätze sind in der Produktgruppe 062 unter „Transferaufwendungen“ veranschlagt.

Kosten für SIM in SPZ und SPKoM (Anlage 1)

Im Jahr 2017 wurden die Finanzmittel innerhalb der gemeindepsychiatrischen Versorgung zunächst und überwiegend für Schulungs- und Informationsveranstaltungen durch die SPKoM in den Versorgungsregionen der SPZ sowie zur Erstellung von mehrsprachigen Informationsbroschüren eingesetzt.

Insgesamt wurden für die Maßnahmen einschließlich SIM-Einsätze in den SPZ bis Ende 2017 ca. 17.000 € abgerufen.

Im Jahr 2018 konnte ein deutlicher Anstieg der SIM-Einsätze in den SPZ verzeichnet werden. Insgesamt wurden ca. 76.000 € benötigt. Die Anzahl der Einsätze stieg von 137 im Jahr 2017 auf 730 im Jahr 2018. Es wurden 250 Personen (ca. 80% mit Flüchtlingsstatus) beraten. 35% aller Personen die unter zur Hilfenahme eines SIM beraten wurden kamen aus Syrien oder Afghanistan.

Es zeigte sich aber in vielen Gesprächen mit Vertreter*innen der SPZ und SPKoM, dass durch den großen Zulauf nunmehr die Mitarbeitenden oft an ihre Grenzen gelangen. Sei es aufgrund zeitlicher Ressourcen als auch durch fehlende interkulturelle (Beratungs-) kompetenzen.

Hier gilt es, in 2019 anzusetzen und die Mitarbeitenden der SPZ und SPKoM weiterhin für dieses besondere Beratungssetting zu qualifizieren. Dementsprechend ist für die nächsten Jahre mit einem weiteren Anstieg der Kosten durch Qualifizierungsmaßnahmen und steigenden SIM-Einsätze zu rechnen.

Kosten für SIM in den LVR-Kliniken

Wie in 2017 standen den nicht verausgabten Haushaltsmitteln in den SPZ erhebliche Mehrkosten in den LVR-Kliniken mit gleicher Zweckbindung gegenüber. Nach aktuellem Stand haben die LVR-Kliniken den Einsatz von SIM und den finanziellen Aufwand für SIM-Einsätze gegenüber dem Vorjahr nochmals verstärkt.

In 2017 sind über alle LVR-Kliniken hinweg ca. 420.000 € verausgabt worden.

Nach Auswertung des FB 84 wurden im gesamten Jahr 2018 2.009 Patient*innen mit Fluchtgeschichte behandelt (Fallklassifikation „FL“), davon 589 stationär und 1.420 ambulant. Die Anzahl der Fälle lag bei 3.804, davon 797 stationär und 3.007 ambulant (Auswertung durch FB 84).

Nach Rückmeldungen der LVR-Kliniken wurden bis zum 30.09.2018 bereits 352.858 € verausgabt, so dass für das Gesamtjahr 2018 mit etwa 470.000 € an SIM-Kosten zu rechnen ist. Diesem prognostizierten Aufwand standen insgesamt 146.000 € an Fördermitteln des LVR gegenüber

- 86.000 € im Rahmen der Flüchtlingshilfen
- 60.000 € aus Mitteln des langjährigen LVR-Förderprogramms „Verbesserung der migrantensensiblen psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung“; seit 2013 ist der Einsatz von SIM hier Förderschwerpunkt).

Die Zahl der SIM-Einsätze lag laut Angaben der LVR-Kliniken bis zum 30.09.2018 bei 3.622. Die Rückmeldung für die Gesamtkosten und Einsatzzahlen bis Ende 2018 steht – in Erwartung der Verwendungsnachweise zum 31.03.2018 - derzeit noch aus.

Damit ergab sich für die LVR-Kliniken eine Unterdeckung in Höhe von ca. 281.000 € für die Versorgung psychisch erkrankter Flüchtlinge. Eine Leistungspflicht der Kostenträger (z.B. Gesetzliche Krankenkassen) gibt es hierfür weiterhin nicht.

Die Verwaltung hat daher – entsprechend der Vorgehensweise im Jahr 2017 (vgl. hierzu Vorlage Nr. 14/2392) - die Restmittel aus 2018 im genannten Umfang für die Aufgaben und Leistungen im Rahmen der Flüchtlingshilfen der LVR-Kliniken bereitgestellt.

In Vertretung

W e n z e l – J a n k o w s k i

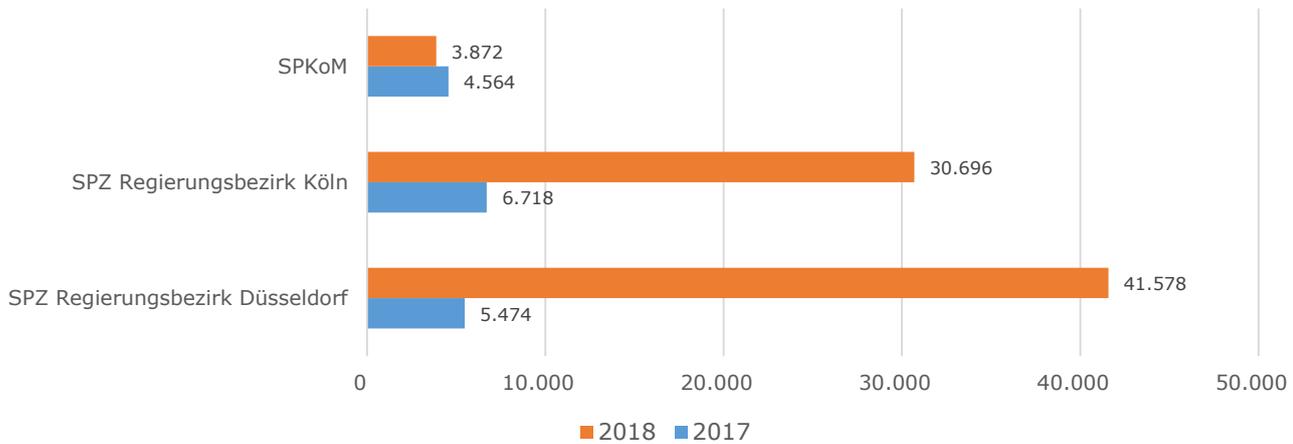
Auswertung SIM im SPZ 2017/2018

Ausgaben für SIM Einsätze, Übersetzungsmaterial und Fortbildungen in Euro

	2017	2018
SPZ Regierungsbezirk Düsseldorf	5.474	41.578
SPZ Regierungsbezirk Köln	6.718	30.696
SPKoM	4.564	3.872
Gesamt	16.756	76.145

davon Suchtberatung	1.053
----------------------------	--------------

Ausgaben SIM 2017/2018 in Euro



Anzahl der SPZ mit SIM Einsätzen/Fortbildungen	2017	2018
SPZ Regierungsbezirk Düsseldorf**	5	18
SPZ Regierungsbezirk Köln**	8	14
Suchtberatungsstellen	0	3
	13	35

** insgesamt 71 SPZ

Durch wen erfolgte die Anfrage?	Anzahl der Klient*innen			
	2017*		2018	
		F-Status		F-Status
Klient*in selbst, Angehörige des/der Klient*in; in KoBe/SPZ	16	8	55	38
Ehrenamtlich Tätige in der Flüchtlingshilfe	26	24	6	4
Professionelle Betreuer*innen von Flüchtlingsunterkünften	12	11	31	31
Professionelle Betreuer*innen sonstiger Dienste der Flüchtlingshilfe	6	6	23	17
LVR-Kliniken	1	1	1	1
Psy. Krankenhäuser, Abteilungen an Allg. Krankenhäusern, PIA	3	2	23	19
Niedergelassene Ärzte*innen, Psychotherapeut*innen	0	0	3	2
Gesundheitsamt, Sozialamt, Jugendamt, Job-Center, SpD, etc.	6	5	46	32
SPKoM	10	10	39	39
Suchtberatungsstelle	1	1	8	5
Sonstige	4	2	15	12
	85	70	250	200

* 3. und 4. Quartal 2017; F-Status = Flüchtlingsstatus

Auswertung SIM im SPZ 2017/2018

Herkunftsländer/Sprachen	Anzahl der Klient*innen			
	2017*		2018	
		F-Status		F-Status
Syrien	27	27	53	44
Afghanistan	7	5	33	29
Irak	9	8	17	15
Iran	5	4	15	13
Türkei	5	2	11	5
GUS-Staaten (russische Föderation)	10	9	16	9
EX-Jugoslawien (Kroatien, Serbien, Slowenien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien)	1	1	18	16
Albanien	6	6	15	14
Polen	1	0	1	0
Aserbeidschan	2	2	2	2
Armenien	0	0	7	6
Maghreb-Staaten (Tunesien, Algerien, Marokko)	3	1	10	7
Ostafrika (Eritrea, Äthiopien, Dschibuti, Somalia, Kenia, Tansania)	3	2	18	16
Westafrika (Guinea, Ghana etc.)	3	1	7	7
Bangladesch	1	1	2	1
Pakistan	1	0	2	2
Französisch	1	1	5	2
Kurdisch	0	0	1	1
Sonstige	0	0	17	11
	85	70	250	200

* 3. und 4. Quartal 2017; F-Status = Flüchtlingsstatus

Geschlecht	Anzahl der Klient*innen			
	2017*		2018	
		F-Status		F-Status
männlich	39	32	149	131
weiblich	46	38	101	69
	85	70	250	200

* 3. und 4. Quartal 2017; F-Status = Flüchtlingsstatus

Alter	Anzahl der Klient*innen			
	2017*		2018	
		F-Status		F-Status
U18	0	0	2	2
18 bis 25	26	21	29	26
26 bis 65	56	46	215	170
Ü65	3	3	4	2
	85	70	250	200

* 3. und 4. Quartal 2017; F-Status = Flüchtlingsstatus

Art der erbrachten Hilfeleistung	Einsätze	
	2017*	2018
Erstberatung; Abklärung des Hilfe- und Behandlungsbedarfs/Fortlaufende Einzelberatung im	61	291
Beratung; Vermittlung in psychiatrisch/psychotherapeutische Behandlung	25	239
Beratung; Vermittlung in gemeindepsychiatrische Hilfen (ohne Behandlung)	14	69
Beratung; psychosoziale Hilfen zur Begleitung und Nachsorge von psychiatrischer oder	20	55
Sprachlich-soziokulturelle Verständigung bei der Nutzung von Angeboten der SPZ-KoBe	17	76
	137	730

* 3. und 4. Quartal 2017

TOP 5 Anträge und Anfragen der Fraktionen

TOP 6 Mitteilungen der Verwaltung

TOP 7

Verschiedenes